

Rieser Tagesblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Gesamt Nr. 20

Das Rieser Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Hauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Rat der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkasson: Dresden 159
Wochensatz Riesa Nr. 52

Nr. 271.

Donnerstag, 22. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 17. 11. bis 23. 11. 630 Markanten 24. einl. Druckerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ausgezeichnete Druckarbeiten sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Beilezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Nachtrag, Beile Zeile, Beile Zeile Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Anzeigengebühren: 10 Gold-Pfennige. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Vertriebs- oder der Verlagsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Wertheimstraße 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Erregte Szenen im Reichstag.

Die Kanzlerrede auf heute Donnerstag veragt.

10. Berlin, den 20. November.

Die Tribünen sind überfüllt, die Bänke der Abgeordneten weilen aber noch große Lücken auf, da zahlreiche Reichstagsmitglieder noch nicht in Berlin eingetroffen sind.

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Jarres, Finanzminister Dr. Rathenau, Arbeitsminister Dr. Braun.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 1.30 Uhr und jenseits des Ablebens des Abg. Doener (37.) und des Reichsbankpräsidenten Davenstein, der 31 Jahre als Leiter der Reichsbank gewirkt habe und nun durch seinen plötzlichen Tod, wie der Präsident ausführt, mitten aus den Konflikten herausgerissen worden sei, in die die letzte Zeit ihn gestellt hatte. — Der Präsident teilt weiter mit, daß wegen der Verlegung der Immunität des Abg. Raas (37.), der zweimal unter den Augen der französischen Besatzungsbehörden von sogenannten Separatisten verhaftet wurde (Münster), Protest erhoben worden ist. Die französische Regierung hat aber bisher darauf noch nicht geantwortet. (Hört! hört!) Auch Beschwerden wegen Verlegung der Immunität des Abg. Dr. Mose (DVP.) durch die belgischen Besatzungsbehörden sind unbeantwortet geblieben. (Erneutes Hört! hört!)

Ein Antrag auf Strafverfolgung des pfälzischen Abg. Hoffmann-Rathenauer (30.) wegen Schwereits wird dem Geschäftsordnungsausschuß übergeben.

Der Vertrag mit der Schweiz zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Arbeitseinkommens wird in allen drei Forderungen angenommen, ebenso die Vorlage zur Verlängerung der Währungsvereinbarung des deutsch-polnischen vorläufigen Handelsabkommens bis zum 31. Mai 1924. Weichhans zur Annahme gelangt das deutsch-polnische Abkommen über den privilegierten Durchgangsverkehr zwischen polnisch-österreichischen und dem übrigen Polen durch Deutsch-Österreich.

Die politische Aussprache.

Auf der Tagesordnung steht dann die politische Aussprache.

Abg. Koenen (Komm.) fordert zur Geschäftsordnung, daß nicht in eine allgemeine Redezeit eingetreten würde, wie beabsichtigt sei, sondern daß zuerst der Reichskanzler das Wort nehmen möge, weil er verantwortlich sei für die Not und das Elend, die im Lande herrschen. Der Reichskanzler müsse Rechenschaft ablegen in diesem Hause, dem allerdings schon der Leidensgrund der Verweigerung anhaftet. Die Reden werden trotz der Schließung auf die Straße gehen und den Reichskanzler mit dem Hause weggehen.

Präsident Ebert erklärt, daß Geschäftsordnungsmäßig keine Möglichkeit bestehe, dem Reichskanzler vorzuschreiben, wann er das Wort ergreifen solle.

Abg. Koenen (Komm.) beantragt darauf Vertagung der Sitzung. (Große Heiterkeit.)

Dieser Antrag wird abgelehnt.

Hierauf wird in die allgemeine politische Aussprache eingetreten. Als erster Redner erhält das Wort der

Abg. Weis (DVP.). Er behauptet ebenfalls, daß die Erörterungen nicht mit einer Regierungserklärung eröffnet werden. Man wolle die Opposition den Reden eröffnen lassen. — Diese Taktik werde der Regierung aber als Schwäche ausgelegt werden. Es handle sich um eine neue Regierung, die das Vertrauen des Reichstages bedürfe und die daher zunächst ihr Programm entwickeln müsse. — Die Regierung wolle offenbar den Eindruck erwecken, als ob sie die alte Regierung sei. Sie ist aber eine ganz andere, nicht nur wegen der Personalveränderungen, sondern weil sie nicht mehr die Ermächtigungen hat, wie das vorige Kabinett. Dabei ist die Zeit unheimlich ernst — Not und Elend mache sich überall breit. Die Feinde der Republik haben nur einen Schutzhel: Poincaré! Die Reparationsverträge sind an einem Gegner gescheitert: Poincaré! Gelder fließen innerer Herrlichkeit überall im deutschen Volke. Der Redner verzweifelt die Abtrennungsbestrebungen, an denen er den bürgerlichen Parteien die Schuld beimisst und protestiert gegen die Wahnsinnigkeit derjenigen, die im Westen ihre Industrie-Verzögerer errichten wollten. Eine Schande sei es für die Reichsregierung, wenn sie den hilflosen Zuschauer viele, Rahr und Ludendorff hätten in Münden offenen Hochverrat begangen. Durch einen meuternden General sei die Demokratisierung in die Reichswehr getragen worden. Niemals sei ein System so verlogen gewesen wie dasjenige Rahr's. Der Verlagerungsstand sei eine Schande für Deutschland. Für alle diese Ereignisse trage der Reichskanzler die Verantwortung. Der Redner erklärt, daß seine Partei dieser Regierung kein Vertrauen mehr schenken könne. Er verweigert sich ferner gegen das Annahmende Auftreten des Verwaltungsrates und Vorstandes der Rentenbank, die bereits zu einer Art oberster Kontrollbehörde über die Reichspolitik geworden sei. Das Verhalten des Reichskanzlers in dieser Frage sei verfassungswidrig. Die Rhein- und Ruhrfrage sei für die Sozialdemokratie eine nationale Frage, eine Preisgabe komme nicht in Frage. Die Verhandlungen zwischen Industriellen und Franzosen hätten nicht an der Anerkennung scheitern dürfen. Aus dem Protokoll über die Besprechungen gehe klar hervor, daß Rahr die Unterzeichnung der Franzosen für die Einführung des Jeckentages suchte. (Sturm. Zurufe h. d. S.) Durch die Ernennung Dr. Jarres zum Innenminister habe Dr. Stresemann eine Schwächung in der Rhein- und Ruhrfrage vollzogen. Ein Bruch des Reichsbrotts sei es, wenn er die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung für das Rheinland ablehne. Der Redner erklärt zum Schluß, daß seine Partei

kämpfen werde gegen die Reichsvererber für ein einheitliches freies Deutschland.

Abg. Dergat (Dnat.) spricht ebenfalls sein Bedauern darüber aus, daß der Kanzler heute nicht zuerst das Wort ergreifen habe. Wieder einmal stehe der Reichstag vor einer bittersten Entscheidung. Vielleicht zum letzten Male. (Der Reichskanzler meldet sich zum Wort.) Das Kabinett der Großen Koalition ist gefallen, der Reichskanzler wird fallen. Das Kabinett hat nur Mißerfolge erlebt. Man kann kein Vertrauen mehr zu ihm haben. Es muß ein völliger Kurswechsel eintreten. Rührt nicht dafür gesorgt sein, daß die Sozialdemokraten wie im Reich, auch in Sachsen und Thüringen verschwinden. Die marxistische Demagogie haben der Reichskanzler beiläufig, aus keinem Anlaß zur Sammlung die Deutschnationalen, die wahren hoheitsbehaltenden Elemente auszuschließen. Schon allein das muß unter Mißtrauen hervorrufen. In der Frage des Rührabkommens sind zwar Aufträge zur Tat gemacht worden, die Regierung hat aber nichts ausrichten lassen. In der Währungsfrage vertritt man die 'indefinite Linie'. Ein ausgereicherter Feind der neuen Rentenbank ist Fährwasserkommissar geworden. (Hört, hört! rechts.) Der Redner bespricht dann die Rhein- und Ruhrfrage, in der die Regierung besonders zahlreiche Mißerfolge aufzuweisen habe. Er verlangt vom Reichskanzler eine unabweisende Erklärung über die bezüglich der belagerten Gebiete geplante Politik der Reichsregierung. Auch die Deutschnationalen seien für Verhandlungen, aber nicht mit den Franzosen, sondern mit allen Alliierten. Frankreichs Politik werde sich ändern, sobald die deutsche Politik den Charakter der Schwäche verliere. Eine Reichsregierung werde sich von allen Friedensbedingungen fernhalten. (Leb. Widerspruch links.) Nicht eine einseitig deutschnationalen Regierung, sondern eine nationale Regierung überhaupt werde gefordert. Der Redner betont, daß nicht etwa die Brandfackel in Europa geworfen werden solle. Aber der am aufsteigenden Kampf müsse sich nicht durchgefühlt werden. Eine kapitalistische Vorherrschaft werde nicht geduldet. Auch die Arbeiterklasse solle die ihr gebührende Stellung erhalten. Aber die Sozialdemokratie sei nicht die Vertretung der Arbeiterklasse. Ganz ohne Parlament und Parteien wollten auch die Deutschnationalen nicht regieren. Die Regierung müsse das Vertrauen der nationalen Verbände und der nationalen Jugend haben. (Leb. Zustimmung rechts.) Die bayerische Frage sei eine deutsche Frage. Rahr habe wie Bismarck die Reichsarmee über alles gestellt. Durch einen Regierungswechsel müsse dafür gesorgt werden, daß Männer dieser Art das neue Deutschland, das Deutschland von morgen bringen. (Beifall rechts.)

Als Reichskanzler Dr. Stresemann das Wort erhalten soll, verlangt Abg. Koenen (Komm.) das Wort zur Geschäftsordnung. Präsident Ebert verweigert dies und Abg. Koenen ruft: Ich will dagegen protestieren, daß Polizei im Hause ist. (Große Erregung bei den Kommunisten.)

Als der Präsident dann dem Reichskanzler das Wort erteilt, schreit Abg. Remmele (Komm.) erneut mit den Händen auf das Geländer zur Tribüne der Rednertribüne und ruft dabei wiederholt laut: Sind wir hier im Parlament oder im Justizhaus? — Dem Präsidenten gelingt es erst nach einigen Minuten, die Zwischenrufe zum Schweigen zu bringen. Unter lebhaftem Beifall der anderen Parteien fordert er den Abg. Remmele auf Grund des § 91 der Geschäftsordnung wegen gröblicher Verletzung der Ordnung des Hauses auf, den Sitzungssaal zu verlassen.

Da der Abg. Remmele diese Aufforderung nicht folgt und auf seinem Plage verbleibt, verlegt Präsident Ebert die Sitzung zunächst auf eine Stunde. Er erklärt zum Schluß, es seien ihm bereits im Hause und draußen wegen seiner Toleranz ungenügende Vorwürfe gemacht worden. Alles müsse seine Grenzen haben. Der Präsident fordert den Abg. Remmele nochmals auf, den Saal zu verlassen. (Die Kommunisten antworten mit höflichen Zurufen.) Der Abg. Remmele bleibt im Saal vor der Rednertribüne stehen.)

Der Präsident hebt darauf die Sitzung für eine Stunde auf. Der Saal leert sich nur langsam. Die Abgeordneten bleiben in erregten Gruppen stehen. Der Abg. Remmele verläßt seinen Platz nicht.

Die neue Sitzung.

Präsident Ebert eröffnet die neue Sitzung um 5 Uhr 20 Minuten.

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Stresemann und die übrigen Reichsminister.

Der Abg. Remmele (Komm.) ist im Saale geblieben und behauptet seinen Platz.

Präsident Ebert gibt folgende Erklärung ab: Der Abg. Koenen hatte sich zum Wort zur Geschäftsordnung gemeldet, um sich darüber zu beklagen, daß im Hause Kriminalbeamte der Polizei anwesend sind. Diese Tatsache ist richtig; diese Kriminalbeamten sind von mir selbst, und zwar seit mehreren Monaten, in das Haus gestellt worden, seitdem durch eine Anzahl von Zuschriften und auch öffentlichen Drohungen gegen Mitglieder der Reichsregierung und auch gegen den Reichstag erhoben worden sind. Die Erklärung hat gezeigt, daß solche Drohungen nicht immer nur Drohungen geblieben sind, und daher daß ich mich veranlaßt, das für notwendig erachtete zum Schutze zu tun. Aus diesem Grunde habe ich die Polizei draußen und drinnen aufgestellt.

Abg. Koenen (Komm.) erhebt zur Geschäftsordnung Einspruch dagegen, daß der Reichstag sich unter Polizeidiktatur gestellt habe. Es handele sich nicht um Maßnahmen gegen angebliche Attentäter, sondern man wolle die Kommunisten und die Arbeiterdelegationen unter Druck stellen, damit sie ihre Meinung nicht sagen. Wenn der Präsident merke und überläßt einen Abgeordneten hinauszuwerfen müßte, so hat nur ein Ergebnis der militä-

ditatorischen Stimmung. (Große Heiterkeit.) Die Massen drücken werden das als Signal auffassen.

Abg. Dittmann (Soz.) bedauert außerordentlich, daß es zu diesem Ausbruch gekommen sei, aber die sozialdemokratische Fraktion stehe auf dem Standpunkt, daß das Verhalten des Reichskanzlers abseits korrekter war. Die Fraktion stehe einmütig hinter dem Reichskanzler (lebhafter Beifall), nicht weil er ein Mitglied der Fraktion sei, sondern weil er als Präsident genau nach der Geschäftsordnung verfahren sei. Der Reichskanzler hat die Geschäfte des Reichstages zu führen, er hat auch seine Würde und Rechte zu wahren. Auch August Bebel hat stets den Standpunkt vertreten, daß die Vertreter des Proletariats in allen Körperschaften, in die sie hineingelassen werden, sich unabhängig als Menschen zu benehmen haben. (Lebhafter allgemeiner Zustimmung.) Die Maßnahmen des Reichskanzlers waren in seiner Weisheit propagatorisch gegen irgend eine Partei. Es ist bekannt, daß Rathenau, ehe er im Ernennungsentscheidungs wurde, hier im Hause erschossen werden sollte. (Hört! hört!) In diesem Hause fand auch eine Sitzung rechtsgerichteter Organisationen statt, der eine große Anzahl von Bewohnern beimohnten, sodas der Reichskanzler damals die Anwesenheit von Bewohnern im Reichstage verboten machte. (Hört! hört!) In der Schwelle dieses Hauses ist der Abg. Gasse erschossen worden. (Hört! hört!) Es kann also niemand davon reden, daß eine Gefahr für das Leben der Abgeordneten und der Regierungsmitglieder nicht vorhanden sei. Der Reichskanzler hätte seine Pflicht verfehlt, wenn er die nötigen Vorkehrungen nicht getroffen hätte. Die polizeilichen Maßnahmen sind auch den Kommunisten ausdrücklich und im einzelnen mitgeteilt worden. (Leb. Hört! hört!) Der Reichskanzler hat den kommunistischen Abgeordneten auf Ehrenwort versichert, daß diese Maßnahmen nur in seiner Weise gegen ihre Fraktionen richte, sondern daß es allgemeine Schutzmaßnahmen sind. Wir können die Haltung des Reichskanzlers nur vollkommen billigen, und sicherlich wird das ganze Haus es auch tun. (Leb. Beifall.)

Präsident Ebert stellt dann fest, daß der ausgemessene Abg. Remmele sich noch im Saale befindet. Er richtet daher an ihn die Frage, ob er den Sitzungssaal verlassen wolle. (Der Abg. Remmele schüttelt verneinend mit dem Kopfe.) Präsident Ebert fährt dann fort: Er tut es nicht. Dann schreie ich die Sitzung und beirats die nächste für Donnerstag 1 Uhr an mit der Tagesordnung: Fortsetzung der politischen Aussprache. (Leb. Beifall. Lärm bei den Kommunisten. Unruhe rechts.)

Der Sitzungssaal leert sich nur langsam. Überall bilden sich erregte Gruppen.

Abg. Remmele ist durch seine Weigerung, in der neuen Sitzung den Saal zu verlassen, ohne weiteres nach der Geschäftsordnung auf weitere acht Sitzungstage von den Verhandlungen ausgeschlossen.

11 Berlin. Wie verlautet, war der gestrige Tag, wenn auch die Reichstagsfraktionen keine Sitzungen abhielten, mit politischen Besprechungen angefüllt. Der Reichskanzler empfing am Vormittag die Führer der Parteien der bürgerlichen Arbeiterschaft, die sich über die Stellungnahme ihrer Parteien äußerten. Der Reichskanzler machte ihnen Mitteilungen über die innen- und außenpolitische Lage, insbesondere über die Haltung der Reichsregierung gegenüber Bayern, über die der Kanzler in seiner heutigen Rede sprechen werde.

11 Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, die Demobilisierungsvorordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 28. November 1918 mit der Ergänzung der Anordnung vom 17. Dezember 1918 und der Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angehörigen vom 18. März 1919 sofort wieder in Kraft zu setzen.

Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland.

Die Noten der Vorkonferenz dem deutschen Geschäftsträger übergeben.

11 Paris, 21. 11. Die Noten der Vorkonferenz über die Wiederaufnahme der militärischen Kontrolle in Deutschland und die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen sind dem deutschen Geschäftsträger in Paris heute abend überreicht worden.

In der Note der Vorkonferenz an die deutsche Regierung betreffend die Wiederaufnahme der militärischen Kontrolle heißt es: Die alliierten Regierungen nehmen Kenntnis von der Erklärung der deutschen Regierung, daß sie keineswegs die Absicht habe, die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage von Versailles zu verlegen. Sie stellen jedoch fest, daß die deutsche Regierung nichtsdestoweniger darauf bestände, tatsächliche Gründe anzuführen, um sich in der Praxis der Ausübung der militärischen Kontrolle zu entziehen. Die alliierten Regierungen können nicht zulassen, daß die Wiederaufnahme der Kontrolloperationen an sich eine neue Quelle für Schwierigkeiten oder Unruhe für Zwischenfälle darstelle. Die Kontrollkommission hat immer im Interesse der Erfüllung ihrer Aufgabe sich bemüht, die Aufgabe der deutschen Behörden zu erleichtern und man könne sich auch in Zukunft auf ihren Tat verlassen. Unter diesen Umständen sehen sich die alliierten Regierungen in die Notwendigkeit vertrieben, auf dem Recht auf Vorkonferenz der militärischen Kontrollkommission sowie des aeronautischen Garantiekomitees zu bestehen. Die Alliierten erinnern die deutsche Regierung daran, daß jedesmal, wenn die Kommission und die Überwachungsorgane ihr mitteilen, daß sie zu einem Besuche überreicht werden, die deutsche Regierung die absolute Pflicht habe, die